

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
NUR
Kübel
Kemper
Siegler
Siedermann
Götscher, Helene
Hühner
Reuhof

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genosse

Bezugspreis monatlich (bei Post 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne
Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition
Hörsingstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresden Verlagsgesellschaft
Schulzeitzung: Dresden-2, Hörsingstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-13 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Kleinzeile oder deren Raum...
Anzeigen-Lohnnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-
Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Bedarfs besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 22. April 1929

Nummer 93

Börgiebel macht den 1. Mai zum Totentag

Brandler leistet ihm Hilfsdienste / Die Dresdner SPD „versichert“ auf zentrale Demonstration
Nur die Kommunistische Partei proklamiert die Lösung des Züricher Kongresses

So urteilt das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“:

„Niederschließung der Arbeiter wird planmäßig vorbereitet“

Dresden, den 22. April 1929.

Unter der Überschrift „Der 1. Mai — Berlins Totentag“ veröffentlicht das Sächsische Volksblatt, ein Zwickauer SPD-Organ, einen sensationellen Artikel eines Berliner Sozialdemokraten, der sich mit den Vorbereitungen des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten zur Niederschließung der Maidemonstration dieses Jahres beschäftigt. Es heißt darin:

„Diese „Komödie“ des kleinen Belagerungsstandes in Berlin läßt ein fürchtbares Trauerspiel am 1. Mai ahnen... Wenn die Polizei die 163 Postbootsfahrer nicht zusammenfahren läßt, so wird sie ganz gewiß gegen die Straßendemonstration der vielen Zehntausende, die trotz aller Abmachungen das Recht auf die Maidemonstration gegen den Polizeipräsidenten verteidigen wollen, einschreiten; und wenn am Anfang des Einschreitens der Gummihäufel steht, so endet es, wie schon so oft (Omaga oder Strauburg), mit erschossenen Arbeitern.“

Nachher kann der „Vorwärts“ viel von der Schuld der Kommunisten am Arbeitermord usw. erzählen; der einfache, d. h. nicht am 8-Uhr-Abendblatt geschulte, Verstand sieht nur auf der einen Seite die von der Polizei erschossenen Arbeiter, auf der anderen Seite erinnert er sich, daß auch Herr v. Jagow die Maidemonstration nicht unterdrücken konnte.

Es ist sehr einfach, die Schuld an dem Unglück, das der 1. Mai 1929 über viele Arbeiterfamilien bringen wird, den Kommunisten zuzuschreiben; man braucht nur zu sagen, daß die Kommunisten, wenn das Verbot bekannt, nicht zu einer Demonstration hätten aufrufen dürfen. Aber was nützt es, für den Arbeiter zu kämpfen, der das Zehntausende alte Verbot „Du sollst nicht töten“ bewußt übertreten hat, was nützt es, seine Begnadigung zu verlangen,

wenn man kühlen Herzens zuseht, wie alle Vorbereitungen getroffen werden, um Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten Börgiebel aus dem Jahre 1929 niederzuschließen?

Es ist nur Sache der Berliner Parteigenossen, wenn die am 1. Mai 1929 erschossenen Arbeiter den Kampf um eine sozialdemokratische Berliner Kommune unendlich machen; es mag schließlich auch allein Sache der beteiligten Gewerkschaften sein, wenn der Genosse Krosigk, Direktor der Berliner Verkehrs-AG, das Recht des Unternehmers vor dem Arbeitsgericht verteidigen muß, Arbeiter wegen unerlaubter Feier des 1. Mai zu entlassen. Aber Sache der Gesamtpartei ist es, wenn das Leben von Arbeitern für die Erhaltung der sogenannten Staatsautorität geopfert werden soll!

Wir hoffen, daß die Berliner Genossen, die ja noch vor dem 1. Mai ihren Parteiparität abhalten, noch ein deutliches Wort zu den Kampfvorbereitungen der Berliner Polizei sprechen werden. Aber dürfen wir den Genossen Börgiebel an das Wort des römischen Kaisers erinnern: „Wieder will ich einem Bürger das Leben retten als tausend Feinde töten“, dürfen wir ihn bitten (!), lieber seine Autorität zu riskieren und von Maßnahmen gegen die Maidemonstrationen abzusehen, als den 1. Mai zu einem Tag der Toten zu machen? Wir haben trotz aller Ereignisse der letzten Wochen noch die Hoffnung, daß der Berliner Polizeipräsident nicht das Leben von Arbeitern aufs Spiel setzen wird — freilich, groß ist die Hoffnung nicht.“

Dieser Artikel enthält die ganze Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Feinde, die nicht nur vom Vorwärts, sondern auch von dem größten Teil der sozialdemokratischen Blätter in Sachsen, einschließlich der Dresdner Volkszeitung, betrieben wird. Zunächst kann wohl festgestellt werden, daß diese Erklärungen im Sächsischen Volksblatt keineswegs getragen sind von revolutionärem Kampfsinn gegen die sozialdemokratischen Maßnahmen Börgiebels. Das zeigt der offene Anschlag über die Auswirkung eines Börgiebel-Blutbades für die Kommunisten. Dem Artikelsschreiber geht es um den Stimmenfang, nicht um den Klassenkampf der Arbeiter. Es geht ihm auch, und es ist kein Zufall, daß es im Sächsischen Volksblatt zu einer solchen Kritik kommt, um die sächsischen Landtagswahlen. Die parlamentarischen Kreise fürchten sich vor der Abrechnung der Arbeiter, und nur aus diesem Grunde warnen sie ihren Berliner Parteigenossen Börgiebel. Erinnerung ist noch, daß Börgiebel zur Bekämpfung der Aufregung seiner Polizeibeamten, die sich durch die ersten Angriffe des Volksblattes beleidigt fühlten, auf die Doppelstraße der linken SPD zur Verewerung der Arbeiter hingewiesen hat. Nichtsdestoweniger zerfällt der Artikel das ganze Bürgertum, das man in der Presse zum Kampf gegen die Kommunisten aufgerufen hat. Zunächst bedeutet er eine Erledigung der schurkischen Vorwärts-Meldung, die behauptet:

„KPD braucht Zeichen! Sie wünscht Schüsse am 1. Mai!“

Das sozialdemokratische Volksblatt stellt demgegenüber fest:

„Börgiebel trifft alle Vorbereitungen, um Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung niederzuschließen.“

Mit Recht erinnert das Volksblatt daran, daß dies nichts anderes ist, als was der weiseimische Polizeipräsident v. Jagow versucht hat. Und nichts ist einleuchtender als das. Denn beide Male soll den Arbeitern verboten werden, am traditionellen Tag der organisierten Kampfparade gegen die bürgerliche Klassenherrschaft auf die Straße zu gehen und für den Sieg der Arbeiterklasse über ihre Ausbeuter zu demonstrieren. Zu demonstrieren zu einem Zweck, der in der Revolution des Züricher Kongresses 1898 folgendermaßen umrissen wird:

„Die Kundgebungen am 1. Mai für den Achtstundentag müssen gleichzeitig den machtvollen Willen der Arbeiterklasse zum Handeln bewegen und die Hoffnung auf das Herannahen eines sozialen Umsturzes und des internationalen Friedens stärken.“

Durchaus treffend kommentierte Karl Kautsky damals in der „Neuen Zeit“ diese Resolution folgendermaßen:

„Die Maidfeier ist nicht nur eine Heerschau, sondern auch eine Kriegserklärung und an diesem Tage muß unser Kampf sein: Krieg dem Kriege.“

Das sagt die Tradition des 1. Mai der Arbeiterklasse, und diese Tradition ist es, gegen die heute die Sozialdemokratie als Lakai des bürgerlichen Staates anrennt mit Panzerwagen, Gummihäufeln, Maschinengewehren und Handgranaten. Denn für den sozialen Umsturz können die nicht demonstrieren lassen, die verpöcht mit der kapitalistischen herrschenden Klasse, von ihr besetzt und abhängig, zu Kettenhunden des Kapitals geworden sind, und die deshalb auch nicht für den internationalen Frieden kämpfen können, da das Interesse des nationalen Kapitals den

Krieg verlangt und zum Kriege rüft. Ebensoviele wie die sozialdemokratischen Staatsdiener den Panzertruppen abfeuern können, ebensoviele können sie am 1. Mai 1929 die Lösung des Züricher Kongresses vertreten und unter den Fahnen des Klassenkampfes demonstrieren. Gerade bei dieser Frage der Notwendigkeit der Maidemonstration

am 1. Mai 1929 gibt es eine klare Scheidung zwischen den Vertretern des revolutionären Klassenkampfes und den reformistischen Lakaien des Kapitals.

Die Kommunistische Partei fordert doch nicht zu Demonstrationen am 1. Mai auf, um ihre Mitglieder Funktionäre und ihre Anhänger aus reinem Sadismus den Schergen des Kapitals auszuliefern. Sie fordert das ebensowenig aus diesen Gründen, wie das der Züricher Kongreß der Arbeiterinternationale gefordert hat. Auch damals warnte sie vor opportunistischen Klippen gegen Streiks und Demonstrationen, sondern wollte sich auf Saatkundgebungen an dem nächstliegenden Sonntag beschränken. Es galt aber, der Aufrüttelung der Massen breitere Wege zu geben. Es galt, der Bourgeoisie zu zeigen, daß die Arbeiterklasse sich emancipiert hat und zu einem selbständigen Kampffaktor mit eigenen Zielen geworden ist. Es galt, die erst langsam erwachenden breiten Massen auf die Notwendigkeit der Organisierung des Klassenkampfes hinzuweisen. Hier muß der, der sich zum revolutionären Klassenkampf bekannnt, auch öffentlich Farbe bekennen.

Hier muß das Opfer getragen werden, um die Massen für die hohe Aufgabe mitzureißen.

Heute steht dieselbe Aufgabe vor der deutschen Arbeiterklasse. Auch heute gilt es — und das heute mehr denn je —, die Notwendigkeit des sozialen Umsturzes zu propagieren, die Massen zu organisieren zum Krieg gegen den drohenden imperialistischen Krieg und ebenso wie damals die Schergen der herrschenden Klasse alles mobilisierten, um gegen die revolutionäre Arbeiterpartei zu hehen und die Arbeitermassen niederzuschlagen, ebenso rüsten auch heute Polizeipräsidenten die Polizei gegen die rebellierenden Arbeitermassen. Nur daß heute andere Männer die einzelnen Rollen übernommen haben.

In Stelle der Jagow und Konraden ist Börgiebel und die SPD und an Stelle der feigen Opportunisten der Neunziger Jahre sind die aus der Kommunistischen Partei hinweggeworfenen Renegaten getreten.

Neuer reformistischer Schandstreich

Ausschluß der Dresdner roten Metallbetriebsräte aus dem DMV vollzogen!

Wir veröffentlichten kürzlich das Antwortschreiben der oppositionellen Metallarbeiter, die auf roten Betriebsrätefunktionen kandidiert hatten, an den Hauptvorstand. Es war ein Bekenntnis zum eingeschlossenen proletarischen Klassenkampf und eine klare Kampfansage gegen die reformistischen Spalter und ihre Wirtschaftsdemokratie.

Jetzt liegt die Antwort des Hauptvorstandes vor. Die Kollegen, die das Schreiben unterzeichnet hatten, wurden wegen ihrer proletarischen Gesinnung aus dem DMV ausgeschlossen. Im Schreiben der Ortsverwaltung heißt es:

„In Ihrer Rechtfertigung, die Sie gemeinsam mit anderen Verantwortlichen an den Vorstand einbrachten, haben Sie Ihr Verhalten bestätigt, so daß die Anklage wegen einwandfrei erwiesen ist. Der Vorstand hat deshalb wegen bewusster und grober Schädigung der Interessen des Verbandes sowie der gesamten organisierten Arbeiterklasse Ihre Ausschließung aus dem Deutschen Metallarbeiterverband vollzogen.“

Die Arbeiter in den Betrieben haben durch die Betriebsrätewahl entschieden, daß die Schädiger der Interessen der Arbeiterklasse die reformistischen Spalter sind. Schon versuchten die Reformisten, die oppositionellen Betriebsfunktionäre von den Belegschaften zu isolieren. In verschiedenen Betrieben organisierten sie Betriebsversammlungen und ließen durch ihre Leute erklären, daß die Abteilungen die oppositionellen Kollegen nicht mehr als ihre Vertreter ansehen werden, sobald sie aus dem Verband ausgeschlossen sind. Durch solche Wählerarbeit versuchten die Reformisten die Erfolge der Opposition bei den Betriebsrätewahlen zunichte zu machen. Demgegenüber erkennen die Arbeiter immer mehr, daß nur oppositionelle Betriebsfunktionäre Interessensvertreter der Arbeiter sein können. Durch noch engeres Zusammenstehen um die Ausgeschlossenen werden sie den Reformisten zeigen, daß die Spaltungspolitik wirkungslos ist, wenn die Belegschaften mit der Opposition marschieren.

Durch Ausschüsse aus dem Verband, durch Mahreglungen in den Betrieben, soll die Lohnbewegung der Metallarbeiter

erleichtert werden. Höchste Wachsamkeit ist am Werke, um die Möglichkeit der Reformisten zu vereiteln. Die Metallarbeiter müssen fest zu den Ausgeschlossenen stehen und mit ihnen gemeinsam die Lohnbewegung durchführen — gegen die Reformisten, die es vorziehen, die Klassenbewussten Arbeiter aus der Organisation zu entfernen.

Streik der Dresdner Heizungsmonteur und Installateure

Am Sonnabend dem 20. April tagte eine gut besuchte Versammlung der Heizungsmonteur und Installateure, die zu dem von dem Lohnschlichtegericht gefällten Spruch Stellung nahm. Die Forderung war eine Lohnerhöhung um 20 Pfennig pro Stunde. Der Spruch betrug, daß nur eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig bis 31. Oktober 1930 gewährt werden soll. Nach lebhafter Aussprache wurde der Schlichterspruch mit 264 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Die sofort im Anschluß an diese Abstimmung vorgenommene Abstimmung über den Eintritt in den Streik ergab, daß sich 268 für Streik und 22 dagegen aussprachen.

Der Streik der Dresdner Heizungsmonteur und Installateure, der am heutigen Tag beginnt, zeigt, daß die Arbeiter nicht willens sind, länger um die jetzigen Hungerlöhne zu arbeiten. Er ist aber weiter eine Mahnung an die Metallarbeiter, sich nicht länger verträumen zu lassen, sondern ebenfalls geschlossen die Arbeit niederzulegen und den Kampf um die von ihnen geforderte Lohnherhöhung von 15 Pfennig zu führen.

Arbeiter солидарität gegen reformistischen Verrat

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Während Sonntag trafen in Hennigsdorf zahlreiche Arbeiterdelegationen ein. Bei den Kampfsitzungen wurden 140 Karte abgegeben. Sie enthielten Mehl, Zucker, Kaffee, Wurst, Butter, Speck, 80 Eier, außerdem Häuserwaren, 240 Brote, Schuhe, Wolldecken und 140 Marl. 20 Kinder wurden zur Verpflegung nach Berlin mitgenommen.

Denk keine andere als Heinrich Brandler macht sich zum Agenten Jürgels und damit zum Vorkämpfer der Bourgeoisie. Dieser Verräter hat am Sonnabendabend in einer öffentlichen Versammlung in Rodwig, allerdings unter unzureichender Unterstützung der anwesenden Arbeiter, erklärt, er...

Heinrich Brandler, ist gegen eine Demonstration am 1. Mai, da die Kommunistische Partei noch nicht die Mehrheit der Arbeiter hinter sich habe.

Wenn die Organisations der Arbeiterbewegung im vorigen Jahrhundert auch nur einen ähnlichen Standpunkt als Plattform ihrer Arbeit bezogen hätten, was wäre aus der deutschen Arbeiterbewegung, was wäre aus dem revolutionären Klassenkampf, was wäre aus der deutschen Arbeiterklasse geworden? Nur schüchtern Rechte der Kapitalisten und feige Opportunisten werden einer solchen schändlichen Kapitulationstheorie das Wort reden, denn: haben die Kommunisten einmal die entscheidenden Massen um sich gesammelt, dann wird nicht mehr demonstriert, dann wird gekämpft werden. Heute gilt es jedoch, und das ist die Aufgabe der revolutionären Arbeiterpartei, die Massen aufzurütteln, aufzuklären, zu sammeln, zu organisieren.

Dazu dient die Kampagne zum 1. Mai 1929.

Dazu dient die Mobilisierung der Berliner Arbeiter gegen den Polizeiterror, zur Eroberung der Straße durch die Arbeiterklasse. Würde die Kommunistische Partei diese Kampagne nicht führen, so macht sie sich mitschuldig an der Niederhaltung der Arbeiterbewegung, so führt sie herab auf die Basis der radikalen Schwärmerpartei, die zwar in Worten der Stimmung der Arbeiter und der Notwendigkeit der Verdrängung Rechnung trägt, in der Praxis jedoch sich in nichts von den offenen Verrätern des Sozialtreibens mit der Bourgeoisie unterscheidet. Das letztere gilt für die Koenigsterngruppe um Brandler-Vöthler, gleichgültig aber für die führende Sozialdemokratie. Doch diese in ihrer ganzen Tätigkeit ist prinzipiell in nichts vom offenen Kooperationssturz in Preußen und im Reich unterschiedet, beweist am besten...

Die Tatsache, daß die Dresdner Sozialdemokratische Partei am 1. Mai 1929 keine zentrale Demonstration veranstaltet,

sondern sich auf Sozialverbände in den Stadtteilen beschränkt und höchstens Plakonzerte und Treffpunkte der Gruppen zugeht, hat. Dies ist aber nichts anderes als ein Teil der in der letzten Vorbereitungsphase der Dresdner sozialdemokratischen Arbeiter auf die Einziehung des Kooperationsgesetzes auch in Sachsen. Schon jetzt bereiten die Dresdner sozialdemokratischen Führer dem kommenden sozialdemokratischen Parteitag in Sachsen den Boden. Das erstmal seit der Revolution werden in Dresden nur die Kommunisten geschlossen aufmarschieren und zur Beteiligung an diesem Aufmarsch die gesamte Arbeiterklasse, die den Völkern des Jüdischen Kongresses in folgen gewillt ist, anrufen. Die Dresdner Sozialdemokraten werden am 1. Mai 1929 offen dokumentieren, daß sie gegen die Mobilisierung der Arbeiter und gegen die Kriegserklärung an die herrschende Klasse und damit gegen die Edel und Bedel auch den letzten Rest ihrer radikalen Maske fallen und enthüllen sich offen als die führenden Vertreter der Severing, Müller und Jürgels. Die Dresdner und die ostfälische Arbeiterklasse muß daraus ihre Schlüsse ziehen. Die Demonstration am 1. Mai wird im Zeichen des Landtagswahlkampfes der revolutionären Arbeiterpartei gegen Bourgeoisie und Reformismus stehen. Die Kriegserklärung Jürgels, die schändliche Volksunterstützungsgeneration Brandler, die offene Kapitulation Edels muß die Arbeiter aufklären und sie erkennen lassen, daß nur die Randgebungen und Demonstrationen der Kommunistischen Partei getragen sind von den hohen Zielen des Wahlbundes von 1891. Sie müssen deshalb geschlossen unter den roten Banner des Klassenkampfes mit den Kommunisten demonstrieren...

für den Sturz der heutigen Klassenherrschaft, für die Beseitigung der kapitalistischen Diktatur und gegen sozialdemokratisch-reformistische und brandlerisch-genteilische Verräterpolitik.

Sie müssen ihre Stimme erheben lassen in den Straßen der Städte und im ganzen Lande für den revolutionären Klassenkampf.

für den Sieg der Räte, der Kommunistischen Partei, und darüber hinaus für den Sieg und die Herrschaft der Arbeiterklasse über all ihre Feinde!

Nach der Pariser Konferenz

Lohnkürzungen und höhere Arbeitsleistungen

Deutsche Großbourgeois verlangen „Notgemeinschaft“ und Niederrümpelung aller Lohnkämpfe

Vor der Pariser Reparationskonferenz hielten wir fest: Ob die Konferenz mit einem Schadergebnis endet oder zunächst ausfällt, ob 1,8 bis 2,1 oder 2,3 Milliarden Mark gezahlt werden — das Truistkapital wird unter allen Umständen die Reparationslasten zur Begründung einer erneuten verhärteten reaktionären Offensive zur Herabdrückung der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit benutzen.

Unsere Voraussage ist prompt eingetroffen. Die Kölnische Zeitung, das maßgebende Organ der deutschen Großbourgeoisie, nimmt in einem Artikel zum Scheitern der Pariser Sachverständigenkonferenz Stellung, der die nächsten Pläne des Truistkapitals an der Wirtschaftsfrente mit aller Deutlichkeit enthüllt.

Nachdem als nächste Folge der geleisteten Konferenz die Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank und im Zusammenhang damit der Zinssätze in Deutschland überhaupt angekündigt wird, werden die Gefährdung der deutschen Konfurrenzfähigkeit und die Schwierigkeiten der Kapitalbildung in tendenziöser Weise betont. Dann heißt es weiter:

„Die deutsche Wirtschaft muß in einer Art Notgemeinschaft zusammenstehen. Dies bedeutet, daß in der nächsten Zeit jede Erleichterung des Produktionsprozesses durch Lohnkämpfe und dergleichen peinlich zu vermeiden ist. Ja, es besteht die Möglichkeit, daß sogar mit Lohnkürzungen bzw. höheren Arbeitsleistungen gerechnet werden muß, denn Deutschland kann die 2,5 Milliarden jährlich nur anbringen, wenn es seine Ausfuhr noch weit mehr als bisher steigert. Das ist aber nur möglich, wenn es mittels herabgesetzter Erzeugungspreise auf dem Weltmarkt mit niedrigen Preisen hervorstreten vermag.“

Was muß diesen Forderungen der Kölnischen Zeitung die allgrößte Bedeutung zuzählen. Es handelt sich um die Generallinie des Truistkapitals, um den Plan unter der Berufung auf die Dameszahlungen nicht nur jede Lohnkürzung abzulehnen, sondern zu direkten Lohnkürzungen, zu einem ungeheuren Angriff auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse zu schreiten. Dieser Plan kann

nur mit den Mitteln der härtesten reaktionären Diktatur der Truistbourgeoisie

durchgeführt werden. Dieser Plan bedeutet die Fortsetzung und Verhärtung der faschistisch-diktatorischen Methoden, mit denen die Sachverständigen die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse beantworteten. Und das Organ zur Durchführung dieser verheerenden Pläne zur Herabdrückung des Lebensniveaus der Vorkämpfer ist die Regierung der Großen Koalition. Das ist der

Der „soziale“ Demokrat



„Ich“ „keine“ Verfassung!

Die Belegschaft von Anton Reiche will kämpfen — aber Würfel sabotiert!

Die 21 Gewahrgestellten verteilten am 19. April ein Flugblatt, mit der Darlegung des Sachverhaltes. Von allen Seiten erhielten sie ermunternde Zusätze und die Aufforderung, Standhaft zusammenzubleiben. Am Sonnabend dem 20. April wurde im Betrieb lebhaft diskutiert. Die Arbeiter, die vorher nur zum kleinen Teil über die Vorgänge unterrichtet waren, drückten ihre Befürchtungen darüber aus, daß keine Belegschaftsverammlung angeht würde.

Inzwischen hatte der Arbeiterrat erneut von der Direktion die Wiedereinstellung der Entlassenen gefordert, wurde aber mit einer Handbewegung abgewiesen. Statt nun die Belegschaft offiziell zu informieren und ihre Beschlüsse zu hören, sabotierte Würfel jenseit jede Aktion für die Gewahrgestellten. Er ließ einen Anschlag anbringen, in dem die Parteilung über die Mahnung, die die Opposition in ihrem Flugblatt gegeben hatte, als falsch hingestellt wurde. Würfel wandte alle Mittel an, um die Arbeiter von der, von der Opposition einberufenen Versammlung fernzuhalten.

Trotz der Sabotage erschienen ca. 300 Arbeiterinnen und Arbeiter zur Versammlung der Opposition und beschloßen einstimmig, ihre ganze Kraft für den Kampf um die Wiedereinstellung zur Verfügung zu stellen. Am Montag soll eine Belegschaftsverammlung erneut gefordert werden.

Die Direktion hatte ein Rechtfertigungsschreiben in den Abteilungen anbringen lassen. Gleichzeitig sprach der Unternehmerrichter Peters, der den Entlassungsfalle hat, die Drohung aus, weitere Arbeiterinnen seltens zu entlassen. Hand in Hand mit ihnen arbeitet Würfel und seine Sippe. Der gemahregelte Reichsbannerarbeiter sah sich gezwungen, gegen das Verhalten seines „Genossen“ aufzutreten.

So wie Würfel heute handelt, gehen die Fahig, Barth und Teuber morgen gegen die Arbeiter vor. Aufgabe aller Arbeiter ist deshalb, in den Betrieben die Front gegen die Sozialfaschisten zu bilden, die es sich zum Ziele gesetzt haben, alle Klassenbewussten Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen.

Faschistische Geständnisse

Kommunistenfrage gefährlich — Gewerkschaften „ruhiges Element“ im Betrieb! Berlin. (Eig. Bericht.)

Die großen Erfolge unserer Partei, die zuletzt am Sonntag bei den Betriebsratswahlen zum Ausdruck gelangten, bewußten auch die Faschisten, sich mit diesem Problem, mit

dem unerkennbaren Kmarisch der Arbeiterklasse noch links, zu beschäftigen. Der „Jugendliche“ beschäftigt sich in einem langen Artikel unter der Überschrift: Die Betriebsratswahlen, der kommunistische Sieg, mit dieser Frage. Der „Jugendliche“ kommt zu folgenden Ergebnissen:

„Es wäre falsch, die Erfolge der Kommunisten bei den diesjährigen Betriebsratswahlen zu verkleinern... Wie dem aber auch sei, aus den bisherigen Veröffentlichungen geht hervor, daß die Kommunisten in einer Reihe von großen Betrieben die Mehrheit der Mandate des Betriebsrates belegen konnten.“

Selbst die schamlosen Feinde der Arbeiterklasse müssen diese offensichtlichen Tatsachen zugeben, während die sozialdemokratische Presse sich noch immer mit allerlei durchsichtigen Manövern begnügt, die großen Erfolge zu verkleinern oder gar zu leugnen.

Interessant ist noch, wie die Faschisten die Gewerkschaften betrachten:

„Aber auch die Arbeitgeberseite kann aus den Betriebsratswahlen das eine erkennen, daß die Gewerkschaften das ruhige, heilige Element innerhalb des Betriebes sind, und die Masse der Inorganisierten, die auch von der Unternehmerrichterei gern gegen die Gewerkschaften ausgespielt werden, in Wirklichkeit oft die Ruhestörer und unruhigen Antonsen sind.“

Wenn die Faschisten dem Unternehmertum schon die absolute Harmlosigkeit der Gewerkschaften besungen, und darüber hinaus die Gewerkschaften als vom Standpunkte des Unternehmertums aus vorzuziehen betrachten, dann wird diese faschistische Feststellung die Arbeiterklasse nur noch mehr veranlassen, gegen den reaktionären Kurs der Gewerkschaftsbureaucratie anzukämpfen und aus den Gewerkschaften revolutionäre Klassenorganisationen zu machen.

Mit dem Kraftwagen ins Wasser gestürzt

II. Amsterdam. Ein mit einem jungen Ehepaar besetzter Kraftwagen stürzte in Rotterdam von der hohen Kalmauer in das Wasser. Einige Boote begaben sich sofort an die Unglücksstelle. Man schlug die Fenster des Kraftwagens ein, konnte aber die beiden Insassen nicht mehr retten. — Ein anderer Kraftwagen fuhr in eine Grube. Der Fahrer konnte sich noch rechtzeitig durch Einschlagen des Fensters retten.

Sinn der Mahnung der Kölnischen Zeitung, die geschlossen Front auch in Zukunft beizubehalten.“

Was die wirtschaftliche Begründung dieser neuen Sachverhalte betrifft, wird es nötig sein, sie in ihrer ganzen Verlogenheit noch einmal aufzuzeigen. Die deutsche Bourgeoisie kann den Teil der Reparationen, den sie noch nicht auf die Schultern der Vorkämpfer abgewälzt hat, aus ihren Profitten sehr gut bezahlen. Statt dessen will das Truistkapital seinen Arbeitskraft herausgepreßten Mehrwert den ausländischen Kapitalisten überlassen muß, dadurch wettmachen, daß es durch Lohnkürzungen, erhöhte Arbeitsleistung und verlängerte Arbeitszeit neue Milliarden aus den Knochen der deutschen Arbeiter herauschindet und diese unter der Führung der Sparmaßnahme und der Notgemeinschaft der gefesselterten Konfurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wfm. allein für sich behalten will.

Natürlich wird die Arbeiterklasse die Pläne der Truistbourgeoisie nicht dadurch durchkreuzen, daß sie die wirtschaftliche Begründung der Unternehmerrichtungen in ihrer ganzen Verlogenheit und Unhaltbarkeit aufzeigt und an ihrer Stelle die Reparationsfrage als eine politische Frage, als Resultat und Hebel zur weiteren Verhärtung aller Gegensätze und Widerprüfe der relativen Stabilisierung des Kapitalismus stellt. Diese richtige theoretische Antwort auf die ideologische Scharfmacherpropaganda bedeutet in ihren praktischen Konsequenzen den Kampf der Arbeitermassen um höhere Löhne unter revolutionärer Führung, den außerparlamentarischen Kampf zum Sturz der Truistbourgeoisie und ihrer Koalitionsregierung. Der 1. Mai wird den Arbeitern und ihren reformistischen Vorkämpfern zeigen, daß das Proletariat mit gesteigertem Kampfwillen allen Verdritten zum Trotz unter den revolutionären Lösungen der Kommunistischen Partei marschieren und nach dem 1. Mai den Kampf um höheren Lohn, bessere Lebensbedingungen, gegen faschistische Reaktion mit derselben revolutionären Aktivität führen wird.

Deutschland sucht neue Anknüpfungspunkte

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Die beiden deutschen Delegierten auf der Pariser Sachverständigenkonferenz, Dr. Schmidt und Dr. Bogler, haben am Sonntag dem Reichsminister Bericht erstattet. Ein amtliches Kommuniqué stellt dazu fest, daß in dem deutschen Memorandum keinerlei politische, sondern nur wirtschaftliche Vereinbarungen enthalten seien und das Memorandum nur zur Diskussionsgrundlage dienen sollte. Es ist zu erwarten, daß Dr. Schmidt in der nächsten Volkskammer, die voraussichtlich erst Dienstag stattfinden wird, eine entsprechende Erklärung abgeben wird. Die Welt am Montag erfährt von besonderer Seite, daß das deutsche Memorandum tatsächlich eine Erhöhung des von den deutschen Vertretern vorgeschlagenen Zahlungsanspruchs von der Schaffung einer unter deutscher Verwaltung stehenden Rohstoffbasis jenseits der Meere und von der Wiedererrichtung der im Osten verlorenen landwirtschaftlichen Gebiete abhängig macht. Der Montag-Morgen behauptet die Lage über den Bericht im Reichskabinett dahin, daß die Türen zu neuen Verhandlungen in Paris offen läßt.

Severing:

„Mir ist die Geschichte dieses Panzertruppers ein wenig zu einem Hebel geworden!“

Der „Meine Metallarbeiter“ Severing hat in Kiel in einer Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei sich am Sonntag mit den aktuellen politischen Fragen beschäftigt und dabei über die militärischen Rüstungen der deutschen Bourgeoisie, besonders über den Panzertrupp A. Severing's gemacht, die für jeden Arbeiter von höchstem Interesse sind. Mir ist die Geschichte dieses Panzertruppers jetzt allmählich zu einem Hebel geworden, aber wir müssen den Dingen wie sie sich darstellen, ins Auge sehen, und ich glaube, wir können froh sein, daß er nicht aufs neue die Tätigkeit der Regierung und des Reichstages gerammt hat.“

Severing ist über die bisherige Koalitionspolitik in der geistert, daß er sich für die unbedingte Fortführung dieser Politik einsetzt, indem er betont, daß es ein großes Unglück für das deutsche Volk sei, wenn der Kampf gegen die überflüssigen (?) und unweidmähigen (?) Rüstungen die Koalitionsregierung zum Scheitern gebracht hätte. Severing drückt die Hoffnung aus, daß trotz aller Irrungen und Wirrungen diese Regierung die Legislaturperiode aushalten wird.

Nach diesem offenen, ungeschminkten Bekenntnis zu der Panzertruppenspolitik, zu den militärischen Rüstungen der deutschen Bourgeoisie, die gerade jetzt während der Genfer Sachverständigenkonferenz, besonders interessant sind, wiederholte er das von Grisevick bereits angekündigte Verbot der revolutionären Organisationen. Nach einem allgemeinen Gerde über die angebliche Freiheit der Weimarer Verfassung verlangt er von der Kommunistischen Partei die unbedingte Respektierung des Geleites des bürgerlichen Klassenstaates:

„Sollt könnte eine Einigung der Freiheit der Verfassung herbeigeführt auf verwaltungsrechtlichem Wege eintriften...“

Das ist eine nachmalige Behauptung dessen, was Grisevick im Auftrage der Truistbourgeoisie dem revolutionären Proletariat ankündigt und vorbereitet: das Verbot der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes.

Es liegt an dem Klassenbewußten Proletariat, unter Führung der Kommunistischen Partei dafür zu sorgen, daß diese Regierung der verhärteten Klassenanspielerung nicht die Legislaturperiode aushält. Severing's schändlicher Wunsch, sondern im revolutionären Kampf gestört werde.

Vom Tage

3 Tote, 20 Schwerverletzte bei einem Kraftwagenunglück
II. Paris. In der Nähe der portugiesischen Stadt Lorient wurde ein mit 25 Personen besetzter Kraftwagen von einer 30 Meter hohen Brücke ab. 3 Personen wurden getötet, 20 schwer verletzt.

3 Tote bei einem Flugzeugabsturz
II. London. Nach Meldungen aus San Diego sind ein Marineoffizier und zwei Monteurs am Freitag bei einem Flugzeugabsturz über dem Flugplatz von San Diego getötet worden.

Ein chinesischer Militärlager verunglückt
II. Peking. In der Nähe des Bahnhofs Tientsin, der Eisenbahnstrecke Kalgan-Peking, stürzte bei der Fahrt über eine Brücke ein Militärlager in den Hunsu. 40 Soldaten fanden dabei den Tod.

Witterungsaussichten für 23. April: Vorübergehend wieder unabhängig mit Neigung zu vereinzelten Niederschlägen, Temperaturen stark schwanken, dabei aber für die Jahreszeit zu niedrig. Nachmittags vorläufig noch nicht heiligt. Ansonsten überwiegend, später nordwestliche Winde, zeitweise, besonders im Gebirge wieder lebhaft und bösig.

Konstanza den 22. April 1929

Zum XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der Bankrott der bürgerlichen Demokratie und des parlamentarischen Systems

Die bürgerliche Demokratie wurde geboren im Kampfe des Bürgertums mit der absoluten Monarchie um das Recht der unbefchränkten Ausbeutung der überwiegenden Mehrheit des wertstättigen Volkes...

ischen Systems. Jetzt aber nicht mehr als Einzelercheinung in einem Lande, sondern als eine Welterscheinung. Wiederum muß die bürgerliche Klasse wegen der Gefahr, die ihr von der sozialen Revolution droht, den Weg unverhüllt zu diktatorischen Herrschaftsmethoden beschreiten...

Der umfassende Widerspruch aber dieser Konstitution (von 1848) besteht darin: Sie zwingt ihre Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen...

Wenig kümmerten diese Widersprüche die Bourgeoisrepublikaner... Die politische Macht der Volksmassen wollten sie zur Scheinmacht herabzuleiten und mit dieser Scheinmacht selbst hinreichend spielen zu können...

Es ist nicht nötig, im einzelnen zu schildern, wie sich die Geschichte jetzt wiederholt. In Italien auf dem Balkan, in Spanien ist die bürgerliche Demokratie, das parlamentarische System beseitigt, hat sich der Faschismus etabliert...

Kann vielleicht gesagt werden, daß in den großen kapitalistischen Staaten, in den alten Demokratien - Frankreich, England, Amerika - keine faschistische Gefahr besteht? Daß hier die "reinen Formen der Demokratie" vom Bürgertum als die beste Basis für die künftige Entwicklung gehalten werden?

Der Untergang der bürgerlichen Demokratie vollzieht sich natürlich nicht überall in gleichen Formen.

Und keineswegs ist ein "bonapartistischer Staatsstreich" das allgemeine Schema, wie auch nicht der "March der Schwarzhemden in die Reichshauptstadt". In den entwickelteren Ländern vollzieht sich der Untergang in raffinierteren Formen...

unfähig machen, die fortgesetzt wachsenden Vorstöße der Heimwehr energisch zurückzujagen.

Wohin die deutsche Demokratie und der deutsche Parlamentarismus unter Beihilfe der reformistischen Führer gekommen ist,

das zeigen am besten die Vorgänge bei der Durchföhrung des neuen Etats. Der Sozialdemokrat Hilferding hat im Auftrage der Bourgeoisie den 10-Milliarden-Etat eingebracht...

Die bürgerlichen Parteien, die mit der Sozialdemokratie die Koalition bilden, verlangten aber weiter eine Verpflichtung, daß die Sozialdemokratie bedingungslos die Positionen des Etats durchföhre...

Ohne aktive Hilfe des Reformismus wäre das imperialistische Kapital nicht fähig, seine faschistische Tyrannei über die Arbeiterklasse und alle anderen Wertstättigen aufzurichten. Nach allen diesen Erfahrungen, die die Proletarier in allen Ländern machen müssen, wäre es ein Betrug an den Massen, wenn man ihnen verschweigen würde, daß die bürgerliche Demokratie bankrott ist...

Von oben bis unten und von unten bis oben wurde der alte Staat mit diktatorischen Mitteln zerstört.

Indem aber die bürgerliche Gesellschaft unter der Föhrung Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" in ziemlich gedauhoelter Weise ihre Herrschaft aufrechtzte, stürzte sie durch ihr Wirtschaftssystem, den Kapitalismus, die Gesellschaft sofort in einen neuen, noch härteren Klassenkampf...

als das Proletariat zum ersten Male als handelnde Klasse für seine Klassenforderungen auftrat.

In der Juni-Schlacht wurden 17 000 Proletarier niedergemetzelt, auf diese Weise verdröhte das französische Bürgertum sich die proletarische Gefahr vom Leibe zu schaffen. Doch die soziale Frage blieb auf der Tagesordnung. Deshalb unternahm die französische Bourgeoisie einen Rückzug von der Demokratie zu "unabhängigeren" Formen der Klassenherrschaft...

Die koalitierten Bourgeoisfraktionen aber sind schon verurteilt, indem sie von der einzig möglichen Form ihrer vereinten Macht, von der gewalttätigen und vollstündigsten Form ihrer Klassenherrschaft, der konstitutionellen Republik, zurückwischen zu den untergeordneten, unvollständigen, schwächeren Formen der Monarchie...

Der 10. März 1850 trägt die Inschrift: "Nach aus die Guillotine!"

Für zwei Jahrzehnte wurde der Bonapartismus Triumpf. Ein bergelaufener Militärdiktator und ein mit ihm vereintes bürgerliches Diebes- und Lumpengehirbel gelangte mit ihm zur Macht. Erst der Krieg von 1870/71 und die Kommune von Paris machten dem bonapartistischen Spieß ein Ende.

70 Jahre sind nach diesem ersten Bankrott der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus vergangen.

Nach einem mächtigen Aufblühen kapitalistischer Macht und nach einem ersten unehörtigen Zusammenstoß der kapitalistischen Gegensätze im Weltkrieg und der danach folgenden revolutionären Erhebung der Arbeitermassen - die erst die bürgerliche Revolution vollendete - sehen wir die Wiederholung des Bankrotts der bürgerlichen Demokratie und des panamerikanischen

(Bonapartismus und Faschismus sind nicht wesensgleich, wenn beide auch viel Gemeinsames haben vom Großkapital ausgehendem, militärisch organisiertem Lumpenpack bis zur höchsten Form der bürgerlichen Demokratie" - dem Plebiszit. Im Rahmen dieses Artikels können aber nicht die Unterschiede dieser Systeme der Herrschaftsausübung der Bourgeoisie behandelt werden. D. W.)

Gegen die Lügenmeldungen über Rußland

Lebensmittelnot in der Sowjetunion?

Die bürgerliche und insbesondere die sozialdemokratische Presse drückt wieder aus voller Rumpenstrotz Lärmschreien über die Sowjetunion in die Welt hinaus. Die Brotrationalisierung - eine Maßnahme, die von den wertstättigen Massen des Sowjetstaates aufs lebhafteste begrüßt wurde - hat's den Panzerkreuzerlosigkeiten angetan. Nun melden sie Rationalisierung aller wichtigsten Lebensmittel, Verzweigungsumstellung, Nord und Ostschlag. Es erübrigt sich zu betonen, daß diese grolartigen Nachrichten frei erfunden sind...

Wie verhält es sich nun mit den anderen Lebensmitteln? In bestimmten Monaten des Jahres geschah es auch selber schon, daß in Moskau eine gewisse Knappheit an Butter, Eiern und anderen landwirtschaftlichen Produkten eintrat, so im Herbst, wo der Zustand der Landwirtschaft die Zukunft verdröberte. Jetzt, in der Periode der gesteigerten Industrialisierung, spielt die Knappheit von Butter, Eiern und Geflügel eine besonders wichtige Rolle, denn mit der Wärsche werden Maschinen für die Industrie gekauft. Lebensnot fernher, daß der Konsum der Bevölkerung, besonders der 100 Millionen Bauern, im proletarischen Staat riesig gewachsen ist, so wird begreiflich, daß in den Städten vorübergehend eine Störung in der Zufuhr dieser Produkte eintreten kann. Die proletarische Oeffentlichkeit, die den Sinn dessen, was geschieht, wohl begreift, regt sich nicht im mindesten darüber auf, daß man

diese oder jene Produkte in einer gewissen Reihenfolge nach dem Mitgliedsbuch der Genossenschaft (Kooperative) erhält. Das Raunzen und Tuscheln beginnt erst in den Bourgeoiskreisen der Rep-Deute, denen es arg auf die Nerven fällt, daß sie für Brot im freien Handel das Doppelte zahlen müssen, oder daß sie Kaffee und Kakao (Produkte, die unter der russischen Arbeiterschaft noch nicht eingeföhrt sind) entbehren müssen. Die Sowjetregierung erklärte offen, daß sämtliche "Luxuswaren" mit hohen Zöllen belegt sein werden damit das Geld für die Einfuhr von Maschinen nicht vergebend werde.

Die sozialdemokratische Presse, von der "Volkszeitung" bis zum Abend-Melchsalz des "Vorwärts", die über die "Lebens-

Warnung vor einem Schwindler!

Von Genossen werden wir aufmerksam gemacht, daß verschiedene Subjekte mit gefälschten Sammelzettel angeblich im Auftrag der KPD für den Wahlzettel sammeln.

Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß nur auf Sammelzettel, die den Stempel der Kommunistischen Partei tragen, geglättet werden kann.

Verantwortung der KPD.

Lebensmittelnot in Rußland" Spionartikel bringen machen sich zum Sprachrohr nicht der Arbeiterklasse, sondern der Kapitalisten, für die der grandiose Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft, wie er gerade jetzt besonders deutlich in Erscheinung tritt, eine tödliche Gefahr ist. Aber jeder Klassenbewußte Arbeiter, der mit Sympathie die Entwicklung der Dinge in Rußland verfolgt, läßt sich durch die "Warnnachrichten" nicht betören. Auch wenn noch viele Wirtschaftsschwierigkeiten zu überwinden sind, der Aufstieg der sozialistischen Wirtschaft ist unaufhaltsam. Daß die Feinde stellen, ist ja nur ein Zeichen, daß - wir zeigen!

Lotterie

„Haben Sie Lotterielose? Wann ist die Ziehung?“
— „Erst in vierzehn Tagen!“ — „Schade, dann kann ich kein Los kaufen, ich brauche das Geld schon übermorgen.“
Mit dieser Illusion tragen sich viele, viele arme Geschäftsleute, aber auch ebensoviele Arbeiter. Ihre lauer verbitterten Gesichter geben sie hier für eine Hoffnung an, die sie in neunundneunzig von hundert Fällen betrügt. „150 000 Lose, 67 500 Gewinne, beinahe jedes zweite Los gewinnt!“, ruft lachend und großsprecherisch auf den Prospekt. „Rot und Elend sind aus den Landesgrenzen verbannt. Der sichere Weg zum Reichtum ist ein Los der Sächsischen Landeslotterie. Kauft Lose, kauft Lose, werdet reich!“

Sieht man sich einmal den Spielplan etwas genauer an, so wird jeder mit Rechtigkeit die hier geübte Spiegelreiterei feststellen können. Es kommen nach diesem Spielplan in allen fünf Klassen zusammen 1664 Gewinne von 1000 Mark und darüber zur Verlosung. Unterlücke man nun die Gewinnchance, so kommt nur noch auf jedes hundertste Los ein Gewinn, denn Gewinne von 500 Mark und darunter kann man als Gewinnchance schlechthin nicht mehr anrechnen. Sie sind als Füller auf den Plan gestellt um dem Spielstüchtigen Sand in die Augen zu streuen. Der einzige Gewinner bei diesem Spiel ist hier der „Wohltäter Staat“. Er vereinnahmt für die 150 000 Lose in fünf Klassen rund 30 000 000 Mark und bringt dafür 20 599 500 Gewinne zur Auszahlung, von denen dann noch 16 Prozent an Steuern und Gebühren abgezogen werden. Mehr als ein Drittel der eingezahlten Gelder steckt also der Fiskus in seinen unerlöschlichen Taschen und die große Masse der Spieler sind die „Geldlosen“. Im Laufe eines Jahres sind das mehr als 20 000 000 Mark Gewinn. Jeder Werttätige sollte es sich also mehr als reichlich überlegen, zu den unerhört hoch gedrückten Klassensteuern auch noch dem kapitalistischen Staate freiwillige Steuern zu leisten, die nur zur Aufrechterhaltung der staatsförmigen Unterdrückungsmaschine gegen das Proletariat, also gegen ihn Verwendung finden. Will der Proletariat freiwillige Opfer bringen, dann bringe er sie dem Klassenkampf, er ist für ihn Lebensnotwendigkeit. Jedes Lo gebrauchte Opfer wird reichlich Ansehen und Gewinn bringen. Unterstützt also die KPD im Wahlkampf, zeichnet auf die Sammellisten der KPD und wählt am 12. Mai nur Liste 5.

Die Sozialpolitik ist eines der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik —

also sprach der Sozialdemokrat H. Müller beim Eintritt seiner Regierung.
1 000 000 Mark Abtrieb beim Wohlfahrtsamt,
500 000 Mark beim Krankenpflegeamt,
200 000 Mark beim Ortsamt für Kriegerversorgung,
so handelt der „linke“ Sozialist Dr. Führer in Dresden.
Arbeiter, Sozialrentner, Kriegsveteran, heraus zur

Protestkundgebung

gegen den Abbau des Sozialstaats der Stadt Dresden durch den Sozialdemokraten Dr. Führer!

am Donnerstag, den 25. April 1930 Uhr im Bürgergarten, Dresden-Lößnitz. Hans Reuhof und Lena Gläker sprechen, die

„Roten Kaffeten“ treten mit neuem Programm auf!
Einlaß 30 Pfennig.
Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Ariso) Unterbesitz Groß-Dresden.

Mieter, wehrt euch!

Das Dresdner Wohnungsamt ordnet Steigerung der Neubaumieter an

A. W. Das Wohnungsamt laßt sich nach wie vor drückend auf den Werttätigen im kapitalistischen Deutschland. Trotzdem seit dem Jahre 1924 die Zahl der neuerrichteten Wohnungen, wenn auch langsam, so doch ständig stetigen ist, bleibt die Wohnungsnot mit ihren sozialverwerflichen Begleiterscheinungen noch auf Jahre hinaus bestehen. Nach den dem Reichstag im Februar 1929 vorgelegten Richtlinien für das Wohnungsamt ergibt sich ein Gesamtbedarf von 375 000 neuen Wohnungen pro Jahr in Deutschland.

Trotz der Steigerung im Wohnungsbau wurden aber 1928 im Wohnungsbau nur 300 000 Neubauwohnungen erstellt.

In Dresden allein fehlen nach der letzten amtlichen Zählung, die immer vorläufig zu betrachten ist, da sie das Versehen hat, das Verhältnis in möglichst günstigen Verhältnissen zu zeigen, 22 000 Wohnungen. Das bedeutet, daß

in Dresden jede 6. Familie ohne Wohnung

ist. Der jährlich zunehmende Bedarf in Dresden ist, auf 1000 Einwohner nur 8 Chelchleistungen gerechnet, 4500 Wohnungen. Dabei sind die Familien, die aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sind, sich in Dresden niederzulassen, noch nicht mitgerechnet, so daß der wirkliche Bedarf mit rund 5000 jährlich gerechnet ist.

Was fehlt es aber diese Zahl von erstellten Neubauwohnungen nur einmal, und zwar im Jahre 1927 zu 1928, erreicht worden. In den übrigen Jahren ist die Zahl der erstellten Wohnungen unter 4000, und teilweise, wie 1924 und 1925, unter 3000 Wohnungen, und 1926 knapp über 3000 Wohnungen geblieben. Die Zahl 5000 wurde im Jahre 1927 nur dadurch erreicht, daß die Mietzinssteuer für 1928 im Voraus herausgab wurde.

An der Entwicklung in Dresden und im Reich ist also klar zu erkennen, daß der vorhandene Stand der Wohnungslosigkeit dadurch, daß die Neubauämter immer unter dem zunehmenden Bedarf bleibt, sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, statt verbessert hat. Das bedeutet, daß nicht einmal der dringende Bedarf an Wohnungen gedeckt werden kann. Das Entscheidende in der Wohnungsfrage ist, daß die Mieter der Neubauwohnungen eine Höhe erreicht haben, die schon längst für die große Masse der Minderbemittelten untragbar ist. Heute schon müssen Tausende von Proletariern darauf verzichten, in eine neue Wohnung einzuziehen, auch wenn sie darauf Anspruch hätten. Sind sie doch gar nicht in der Lage, den Mietpreis zu erwidern. Gar nicht zu reden von denjenigen, die gar kein Obdach haben oder in Altmwohnungen untergebracht werden müssen, weil sie durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder sonstige wirtschaftliche Umstände nicht einmal in der Lage waren, die Miete für die innegehabte Altmwohnung zu bezahlen und deswegen vom Hausbesitzer herausgeworfen wurden.

Die Forderung der Werttätigen

muß also lauten: Geringe Wohnungen mit Mieten, die für jeden Minderbemittelten erträglich sind.

Diesem Grundsatz weicht aber direkt entgegen das Dresdner Wohnungsamt, das vor mehreren Monaten an alle Bau- und Siedlungsgenossenschaften die Anweisung gegeben hat, daß in allen Neubauwohnungen, die vor dem Jahre 1926 erstellt worden sind, die Mieten 125 Prozent, und in den nach 1926 gebauten Wohnungen 130 Prozent der Friedensmiete betragen müssen.

Das bedeutet praktisch für mehrere Tausend Dresdner Einwohner eine Steigerung der Miete von 50 und mehr Mark pro Jahr.

Der Dezernent des Wohnungsamtes berief sich auf Anweisungen des sächsischen „Wohlfahrtsministers“, der Dresden nochmals aufgefordert habe, die Mieten in den bis 1927 erstellten Wohnungen dem Friedensmietensatz anzugleichen. Es ist untragbar, daß diese Mieten in den Neubauwohnungen unter denen der Altmwohnungen zu stehen kämen. Das bedeutet das praktische, es bedeutet, daß die sächsische Feldregierung die

Wohlfahrt nur im Sinne der Hausbesitzer,

die, die der profitmäßigen Erhöhung der Mieten laßt. Der Rat ist, wie die meisten Anweisungen erkennen lassen, denen die Mieter die Steigerungen zu danken haben, nur zu gerne bereit, diesen Wunsch zu erfüllen und dafür zu sorgen, daß das Bauen wieder zu einem profitablen Geschäft für die Hausbesitzer wird. Der Dresdner Finanzamtsdeputierter, der Sozialdemokrat Führer, hat bereitwillig dem Wunsch des A. W. nachzugehen Einvernehmen erzielt. Er hat kurzerhand den Wohnungsamt aufgelöst, aus dem die Parteien für Hauswartungsarbeiten bisher bezahlt wurden, so daß diese jetzt den Mietzinsrückmitteln entnommen werden müssen, die dadurch der Neubautätigkeit verloren gehen.

So machen sich Sozialdemokraten zu willigen Handlangern der Hausbesitzer.

Mit welcher Begründung „arbeiten“ das Dresdner Wohnungsamt gegenüber den Neubaumieter? Es hat aufreiner zweierlei Grundlagen für sein Vorgehen. Die erste ist in den Bedingungen für die Gewährung von Kautionsbürgern aus der Mietzinssteuer durch die Stadtgemeinde Dresden zum Zweck der Förderung des Wohnungsbaus“ enthalten. Dort heißt es im § 12 Punkt 6:

„Die Mieten in den mit Kautionsbürgern erstellten Grundstücken sind immer 10 vom Hundert (bei den bis 1926 erstellten Neubauten jedoch nur 5 vom Hundert) höher als in den Altmwohnungen festzusetzen.“

Es ist ganz klar, daß eine solche Bestimmung eine künstliche Auftreibung der Mieten im allgemeinen bedeutet, weil dadurch auch

die Baugenossenschaften und Siedlungsgenossenschaften,

die tatsächlich Wert darauf gelegt haben, die Mieten möglichst tief zu halten, gezwungen werden, eine Steigerung der Mieten vorzunehmen, obwohl dazu für sie gar kein Grund vorhanden ist. Sie müssen also, nachdem die Mieten der Altmwohnungen künstlich auf 120 Prozent der Friedensmiete heraufgedrückt wurden, 25 bzw. 10 Prozent der Friedensmiete einziehen. Dabei bleibt es immer noch ein Gebietsamt des Wohnungsamtes, wie denn die Friedensmiete für eine neue Wohnung errechnet wird. Die zweite Grundlage findet das Wohnungsamt im Punkt 5 des oben erwähnten Paragraphen. Dieser lautet:

„Die durch Herabsetzung des Sparzinsfußes eintretenden Zinsersparnisse sind zur Verzinsung des Baugeldbetrags zu verwenden.“

Hier handelt es sich um folgendes: Bis zum 1. Oktober 1926 betrug der Zinsfuß für 10 vom der Sparkasse gewährten Kautionsdarlehen 10 Prozent, dann wurde er auf 8 Prozent und am 1. April 1927 nochmals auf 7 Prozent herabgesetzt. Diese Ermäßigung war um so notwendiger, als inzwischen beschlossen worden war, daß die Parteien aus der Mietzinssteuer von etwa 6—7000 M. pro Wohnung auf 4500 M. heruntergeleitet wurden. Das bedeutet natürlich für die Bau- und Siedlungsgenossenschaften eine erhebliche Mehrbelastung, weil sie ja nun Darlehen anderer Art in höherem Maße aufnehmen und dafür auch höhere und damit mehr Zinsen bezahlen mußten.

Jetzt verlangt nun das Wohnungsamt die Zurückzahlung der „erhaltenen“ 3 Prozent, und zwar rückfällig vom 1. April 1927. Natürlich sind die Bau- und Siedlungsgenossenschaften, wenn sie den Grundbesitz vertreten, möglichst niedrige Mieten zu erzielen, gar nicht in der Lage, die verlangten Summen zurückzahlen, weil sie eben die Ermäßigung bei der Mietpreisbildung mit einfließen lassen haben.

Anders ist die Stellung der privaten Hausbesitzer oder der Baugenossenschaften, die unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit ihre Profitinteressen verbergen. Diesen kann ja das Hochziehen der Mieten nur recht sein, da sie dabei erst recht Ertragsprostitute herauspressen können. Wenn dabei der Einwand kommen sollte, daß diese privaten Hausbesitzer oder Baugenossenschaften die Ermäßigung der Sparzinsfußes doch in die eigene Tasche stecken könnten, so genügt dazu der Hinweis, daß in den schon oben erwähnten Bedingungen festgelegt ist:

„Die Festsetzung der Miete bedarf der Zustimmung des Rates.“

Wenn dieses Recht ausgeübt wird, ist eine Bereicherung der Hausbesitzer auf Kosten der Mieter ohne weiteres unmöglich. Die kommunikalische Stadtverordnetenversammlung hat, um eine weitere Belastung der Mieter abzuwehren, am 4. März 1929 durch den Gen. Schrapel den Antrag gestellt:

„Die von den Bau- und Siedlungsgenossenschaften infolge der Herabsetzung des Sparzinsfußes erzielten Mehrerlöse sind dem Gemeinnützigkeit zur Verbilligung der Mieten bzw. Erhaltung der Mieten auf unter 120 Prozent der Friedensmiete zu belassen und die entgegenstehenden Bestimmungen aufzuheben.“

Dieser Antrag hat bei den bürgerlichen Parteien einige Unterstützung hervorgebracht. Sollen sie doch jetzt, nachdem am 22. März der Landtag aufgelöst wurde, den Wählern ihre mieterfeindliche Gesinnung nochmals recht offen zeigen. Doch auch die sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung unter Führung von Köhler des „Zachverhältnisses in Wohnungsangelegenheiten“, ist in einiger Verlegenheit, Einerseits steht ihr Parteigenosse, der „sozialdemokratische“

Bürgermeister Führer hinter den Maßnahmen des Wohnungsamtes,

und andererseits möchten sie jetzt im Wahlkampf nicht riskieren, gegen den kommunikalischen Antrag zu stimmen. Was liegt also näher als diesen Antrag möglichst zu verschleiern, um einer klaren Stellung möglichst auszuweichen. Zweimal kann der Antrag schon im Finanzamt zur Beratung, und beide Male ließ ihn Köhler als Berichterstatter wieder abbleiben.

Die Dresdner Mieter müssen die Gefahr erkennen, die ihnen hier droht. Aufgabe der Mitglieder in den Bau- und Siedlungsgenossenschaften ist es, jetzt, überall den härtesten Protest gegen die geplanten Mietsteigerungen zu erheben und das Vorgehen der Dresdner kommunikalischen Stadtverordnetenversammlung zu unterstützen. Zur Informierung der Dresdner Einwohner haben

in allen Stadtteilen Mieterversammlungen

statt. Die Lokale, sowie Tag und Stunde werden in der Arbeiterstimme noch bekanntgegeben. Genossenschaftlicher Mieter, erhebt zahlreich in vielen Versammlungen! Steht am 12. Mai dem mieterfeindlichen Bloß die Zustimmung aus durch die Wahl der Liste 5!

Mißglückter Anschlag mit einer Höllemaschine

Das Kriminalamt meldet. Am Mittwoch erhielt ein Hausbesitzer in Dresden-Coschütz einen Brief, in dem ihm die Zulassung einer Maschine in Aussicht gestellt wurde. Als Absender des Briefes war ein Ingenieur Weislich aus Coswig angegeben, den es nach den bisherigen Feststellungen nicht gibt. Obwohl eine solche Maschine nicht bestellt worden war, ließ der Empfänger des Schreibens am Donnerstag die Kiste durch einen Arbeiter im Bahnhof Dresden-Flaun, wo sie einsteigen sollte, abholen. Die Kiste ist 28 x 28 x 65 cm groß, und verhielt sich mit einem neuen schwarzen Vorlegeschloß, das 28 cm hoch, nach unten sich verlaufend ist und in welcher Lücke die Aufschrift „33 Big“ enthält. Der Arbeiter legte beim Öffnen die Kiste zum Glück auf die Seite, wodurch die Explosion verhindert wurde. Man verständigte sofort die Kriminalpolizei. Die von Beamten des Kriminalamtes mit Sachverständigen vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß die Kiste eine von sachverständiger Hand zusammengebaute Spreng- und Brandmaschine, eine sogenannte Höllemaschine, darstellt. In der Kiste befindet sich ein 7 1/2 x 8 1/2 Zentimeter großer Holzblock, in welchen ein quadratischer Hohlraum, 7 x 7 x 11,8 Zentimeter groß, angebracht ist. Das letzte Drittel des Hohlraums ist ausgehöhlet und mit einer Dichtung versehen. Darin befinden sich 2 Rollen Schwarzpulver, Marke Kallweil, Körnung Nr. 3, Hirsch, Marke la, extra helles Schwarzpulver. Nach dem Einschichten des Schwarzpulvers wurde die Explosions- und Brandwirkung der Maschine leicht gemacht. Der Urheber des Anschlags war bisher nicht zu ermitteln. Wie festgestellt wurde, ist die Kiste am Mittwoch nachmittag gegen 1/2 5 Uhr von einem etwa 35-jährigen Mann, der Sportmütze trug, im Bahnhof Kötzsche als Passagiergut nach Dresden-Flaun ausgegeben worden. Es wird vermutet, daß der Täter die Kiste vorher von Dresden aus auf der Straßenbahn nach Kötzsche gebracht hat. Ueber den Verbleib der Kiste war ein Stück alter grauer Kollertuchel von einem Hausbesitzer und ein grauer Sack, 100 x 68 Zentimeter groß, M. K. gezeichnet (alter Proportionsmaß), angegeben. Im Innern der Kiste bestand sich zum Ausschließen der Fäden etwas Berg, vermutlich ebenfalls aus einem Kautschuk herrührend.

Wenn man von Zigeunern Geigen kauft! Ein in Ostpreußen gebürtiger 25 Jahre alter Zigeuner hat Anfang des Monats auf der Schandauer Straße eine angeblich wertvolle Geige für 60 Mark gekauft. Der Käufer stellte später fest, daß das Instrument ein einträchtiger billiger gekauft worden war. Vor einigen Tagen gelang es dem Geschädigten, den Zigeuner wieder zu erkennen und der Polizei zu übergeben. Nach seinen Angaben will er in Dresden in 2 Fällen minderwertige Geigen als wertvoll verkauft haben.

Geldhehlerei. Freitag nachmittag wurden aus einem Lebensmittelladen in der Reuflade 1 etwa 600 Stück Zigaretten der Marken „Atilla“, „Hofmann“, „Eckelmann“, „Vulgaren“, „Krone“, „Deutschmeister“, „Bulgaren“, „Extra“, „Grelling“ und gegen 300 Mark Bargeld gestohlen. Die Diebe hatten sich in Abwesenheit des Geschäftsinhabers gewaltsam Zutritt zu den Räumen verschafft.

Bohrmaschine und Vötmale gestohlen. Aus einem Geräteschuppen auf der Elbwiese am Wasserwerk Lohse wurde durch Einbruch eine Bohrmaschine für Gleich- und Wechselstrom Marke „Siemens-Schuckert“ Nr. 228770 gestohlen. Desgleichen ist vom Lagerplatz an der Schlüterstraße eine Benzollampe gestohlen. Die Diebe konnten bisher nicht ermittelt werden.

Aus den Dresdner Gerichtssälen

mit dem Bericht über den Mordprozeß Köhler usw., erscheint in der Dienstagsausgabe der Arbeiterstimme.

Ein Radfahrer angefahren. Zeugen gesucht

Am 14. April gegen 22 Uhr wurde im Straßengraben an der Bodenbacher, Ecke Querstraße ein Radfahrer beimnachts angefahren und mit inneren Verletzungen nach dem Johannstädter Krankenhaus gebracht. Er gibt an, von einem unbekannten Auto oder Kraftfahrzeug angefahren und vom Rad abgeworfen worden zu sein. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß ein unbekanntes Motorfahrzeug den Verletzten angefahren und einen in der Nähe wohnhaften Heilwundigen zur Hilfeleistung herbeigezogen hat. Ob der Verletzte von dem unbekannten Kraftfahrzeug oder von einem Kraftwagen angefahren worden ist, steht nicht fest. An der Unfallstelle sollen mehrere Personen aufgeklammert haben, die in der Lage sind, zur Klärung des Sachverhalts erforderliche Angaben zu machen. Aus den Angaben des unbekannten Kraftfahrers wird besonders Wert gelegt. Dieser sowie Zeugen des Unfalls werden nach dem Kriminalamt, Zimmer 73 gebeten.

Autounfall

Auf der Chemnitz-, Ecke Fomberger Straße kam es am Freitag nachmittag zu einem Zusammenstoß zwischen einem mit 2 Personen besetzten Motorrad aus Freital und einem Personentransportwagen. Der Fahrer des Motorrades und dessen auf dem Sozius sitzende Tochter wurden auf die Straße geschleudert. Beide trugen mit erheblichen Verletzungen nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Schwerer Motorradunfall. Wie gemeldet wird, ereignete sich am Sonntag nachmittag an der Ecke Teichener und Bodenbacher Straße ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorrad mit Personwagen und einem Personentransportwagen. Bei dem Zusammenstoß wurden 3 Führer und Beifahrer des Motorrades schwer verletzt.

Kein Vogelstelen ertrappt. Auf der Elbwiese nahe der Gohliser Windmühle wurden am Donnerstag zwei in Dresden-Coschütz wohnhafte Männer von einem Polizeibeamten beim Vogelstelen überfallen. Drei frisch eingelangene Vögelchen und eine Menge Käse, Joghurt, Feinstücken und anderes Jagdmaterial konnten den Tätern abgenommen werden.

Aufsehen von Wahlplakaten an Häuser, Säune, Mästen usw. ist zwar im allgemeinen verboten, gegen das Anbringen von Wahlplakaten und besonderer Einrichtungen für Wahlplakate in und an Grundstücken mit Genehmigung des Grundbesitzers wird polizeilich jedoch nicht eingeschritten werden. Die Plakate usw. müssen sofort nach der Wahl wieder beseitigt werden. So teilt der Rat mit.

Die Bestimmungen über die Anzeigepflicht bei dem Fortkommen gemeingefährlicher und übertragbarer (ansteckender) Krankheiten erfahren dadurch eine Erweiterung, daß das Ministerium des Innern durch Verordnung vom 15. vorigen Monats die in den Verordnungen vom 29. April 1905 und 21. Juni 1911 vorgeschriebene Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten auch auf Trachom (ansteckende Augenbindehautentzündung, bekannt unter der Bezeichnung Körner- oder ägyptische Augenkrankheit) ausgedehnt hat. Die Anzeigen sind an die zuständigen Wohlfahrtspolizei-Inspektionen zu richten.

Stadtverordnetenversammlung. Heute Montag Fortsetzung der Haushaltsplanberatungsdebatte. Beginn der Sitzung 19 Uhr. Karten für Tribüne im Hauener der kommunikalischen Stadtverordnetenversammlung. 20 Minuten nach Beginn der Sitzung wird die Tribüne auch für die geöffnet, die nicht im Besitz einer Karte sind.

Aus einem Oberlaufischer „Musterbetrieb“

Itzen. Arbeitsmangel! So lautet die Begründung bei denen, denen die Betriebsleitung gefündigt und bereits entlassen hat. Arbeitsmangel, bei 2-Schicht-System. Am 6. 4. 29...

Schilderte Gen. Schierad eingehend, wie man gegen die schwärzeste Reaktion zu kämpfen hat und zeigt an Hand von Beispielen, wie ja gerade die Kirche gemeinlich mit dem Faschismus, siehe Italien, gegen die Arbeiterschaft vorfährt.

er sich von der Kirche trennen konnte. Bei den Ausführungen des Gen. A. Gomoll gebrauchte der latifund bekannte ehemalige Gemeindepfarrer G. Kärlich, SPD, die Worte „Halte deine Schweigehüte“.

Wildberg. (Aus dem Gemeindeparlament.) Bevor in die Tagesordnung, die nur zwei Punkte umfaßte, eingegangen wurde, verpflichtete der Bürgermeister den nachgegangenen wurde, verpflichtet der Bürgermeister den nachgegangenen wurde, verpflichtet der Bürgermeister den nachgegangenen wurde...

Ein Gottesdiener mit Kasernenhofton!

Königsbain. Schon mehrfach sind in Königsbain Klagen geführt worden über die brutalen Erziehungsmethoden eines Pfarrers Grubel, der hier als Religionslehrer fungiert. Wenn nun der Diener Gottes auf Erden seine Wutausbrüche an seinen treuen Schülern ausüben wollte, hätte der Artzschreiber keinen Grund, die Erziehungsmethode Pfarrers Grubels zu kritisieren.

Darum geht dem Pfarrer Grubel die Früchte seiner Heiligkeit aus der Kirche, und eure Kinder misset ab vom Religionsunterricht. Je eher, je besser, damit das Gift der Heiligkeit nicht erst Schaden verursacht in den Köpfen eurer Kinder.

Heising. Daß es in der SPD-Mitgliedschaft gärt und daß gegen die Politik der „Linken“ Phrasen Langsam Widerstand geleistet wird, kam in der vorigen Sonnabend abgehaltenen Mitgliederversammlung der SPD-Gruppe zum Ausdruck.

Sebnitz. Der tägliche Arbeitermord. Diesmal ist's der Brettschneider Hoffeld aus Pichtenhain, der im wahnwitzigen Gerede des kapitalistischen Profitsystems Schaden nahm. Im kühnlichsten Sägewerk beschäftigt, wurde er beim Quertrennen von Stammholz vor die Kreisläge geschleudert.

Jhadawitz. Wir stellen hiermit fest, daß der in Nr. 85 vom 16. April genannte Fabrikunternehmer Scholz (Arbeitsgericht) nicht identisch ist mit dem Fabrikunternehmer Paul Scholz, Dresden-Jhadawitz, Schulstraße 13.

Schland a. d. Spre. Gute Hoffnung hat der Zeitungsberichterstatter der Oberlaufischer Volkzeitung für die Landtagswahl. Er schreibt in einem Bericht über eine SPD-Gruppensitzung: „Wir sind gewiß, daß die Männer und Frauen, die diesmal von uns aus in den Landtag ziehen werden, ein bemerkenswertes Politik um Wohl der gesamten Arbeiterschaft streben werden.“

Kroschdahn. Ein Raub der Klammern wurde das Auto eines Herrn A. am Mittwochmorgen auf der Alitzer Straße. Die Ursache war eine Festhängung.

Neulandt, Sa. Mit dem Jahrtat gegen ein Auto rührte er ein junger Mann. Er rührte dabei eine Lärmschraube vom Wagen. Dem dabei erlittenen Schädelbruch erlag er im Krankenhaus. Ein Mitleidsschickel.

„Der lebende Leichnam“

„Der lebende Leichnam“ Rudowitsch als Protagonist im Prinzep-Theater Ein bemerkenswerter Zufall führte es, daß wenige Wochen nach dem Erscheinen des „Sturm über Wien“ der gleiche Rudowitsch in der gleichen sozialistischen Zeitschrift eine Regiearbeit geleistet hat, in einer durchaus unempfindlichen, völlig verinnerlichten Filmgestaltung als Schauspieler vor das Publikum trat.

Es wird in diesem Film keine Lösung gegeben, nicht gesagt, wie Hedja aus seiner Verhaftung herauskommen konnte. Dennoch, wie sich die ganzen Vorgänge abspielen, die Art, wie hier Menschen zugrunde gerichtet werden, das ist die härteste Anklage gegen die herrschende Gesellschaft, gegen den Faschismus, gegen die bürgerliche Ordnung, eine Anklage, die in uns allen die Überzeugung weckt, irgendwann muß die Sache wirklich ein Ende haben.

Die Mittel, mit denen in diesem Film gearbeitet wird, sind durchaus künstlerisch. Wir finden Ähnliches fast nur in dem großen Chaplin-Film „Nächte einer schönen Frau“. Und weil er so durchaus künstlerisch ist, ist er so ergreifend, schafft er eine so tiefe innere Erregung in uns, die noch lange, lange nachher nachschwingt. Man merkt es den Schöpfern dieses Films an, es hat Pentz, die selbst die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaftsordnung kennenlernen, gegen die sie einst kämpfen mußten.

Der russische Großfilm „Palast und Festung“

Der uns einen klaren Einblick gibt in die Schreckenszeit des Faschismus, und klar beleuchtet, unter welcher entsetzlichen Qualen die Häftlinge in der Peter-Paul-Festung leben mußten, wird in zwei Sondervorführungen der UFA zum ersten Male in Dresden aufgeführt: am Freitag, dem 26. April, 20 Uhr, in den Innenhöfen, und am Sonntag, dem 28. April, in den Panik-Lichtspielen, Göllicher Straße, Beginn 10.30 Uhr vorm. Der Eintrittspreis beträgt einheitlich 50 Pf. Bei Erwerblosigkeit gegen Vorweisung der Karte 30 Pf. Sorgt dafür, daß in den Betrieben für die Veranstaltungen Propaganda gemacht wird!

Restripte, der Volksbühnen-Vonaparte

Wie aus Bühnentreisen verläutet, hat der künstlerische Ausschuss der Berliner Volksbühne in einem von Dr. Restripte gezeichneten Schreiben schwere Bedenken gegen die Aufführung des Schauspiel „Pioniere in Ingolstadt“ von Marie-Luise Fleißer erhoben. Die Volksbühne, die berufen wäre, die freie Kunst und den Standpunkt der Arbeiterpartei zu vertreten, hat sich also in traurige Seelenharmonie mit dem Bürgermeister von Ingolstadt und mit Dr. Weich und Köll gegeben. Der Einspruch der Volksbühne, der schließlich an das Theater am Schiffbauerdamm gerichtet wurde, ist schließlich eine so blamable Stellung, daß sie selbst von einem unter der Leitung der Restripte stehenden Institut nicht zu erwarten gewesen wäre. Begründet wurde das Schreiben damit, daß die Aufführung des bürgerlichen Sittenstücks angeblich die öffentlichen Interessen des Berliner Familienpublikums gefährdet! — Kommentar ist wirklich überflüssig!

Haut-Bleichkrem

Zeit ist es Zeit, Sommerproben, Lederstoffe, gelbe Fleck in Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit Klorokrem. Tube 1 Mt. und Klorosol 2 Mt. 60 Pf. Unschädlich und seit Jahren bewährt. Mit genauer Anweisung in allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

Albert-Theater

Die Stücke des alten Theaterpraktikers L'Arronge laufen wie gut geölte Uhrwerke. Sie gehen natürlich nach, weil unsere Uhren schneller laufen. Aber ein tüchtiger Regisseur könnte regulieren. Was Regie heißt, ist kein Verlangen und kein Vermögen, sich irgendwie über den log. „erweiterten“ alten Theaterhain zu erheben. Und so bleibt denn Doktor Klaus die alte Gartenlaubensliebe von buntemalen, nur selten durch eigene Initiative der Schauspieler (in den Liebeslynen) leicht karikiert. Niveau des denutzigen Bürger- und Kleinbürgerums. Was Inhalt! Ein Zwerger und sein Schwager, der Dr. med. Klaus, haben einen bunten, aber sehr leichten Vogel von Baron die Federn, daß er sich vom Empfinden zum häuslichen Reithofen entwickelt. Die Reueinen sind der einzige Nebel, der dies Lustspiel bewegt. — Professor Müller, der das grantige Wesen und „goldene“ Herz des Dr. Klaus in logenante Aufnahme treuen lieh, wurde trocken begrißt. Fräulein Ritzke würde gut tun, sich um etwas farbigeres Spiel zu bemühen. Lou, Gang, Geste, Mienspiel sind nachgerade sehr uniform. Warum spricht das niemand aus? Fräulein Wisse würde sich hüben, nicht auf ihren Vorderen auszurufen, sondern recht intensiv zu arbeiten. Schlimmste Gefahr der Schauspielerin, zu erstarren. Weerhoenen spielte das bekannte Klischee des schüchternen Liebhabers. Aber er macht sogar ein feststehendes Theaterthema lebendig. Charlotte Friedrichs trocken-humorvolle Art ist immer wirksam. Ein Hauptteil des „Erfolges“ kommt auf ihr Konto. — Bei alledem, was geht uns der alle L'Arronge an? Man wird bald zu dem verzweifeltsten Mittel greifen müssen, über die Pforten des Albert-Theaters zu schreiben: „Sol chemate usw.“. Ihr, die ihr eintrittet, laßt alle Hoffnung fahren!

Elfa Krüger tanzt Dienstag den 23. April 1929, 20 Uhr, im Albert-Theater, unter Mitwirkung ihrer Jigunerhänger, zum ersten Male wieder nach ihrem Auftreten in der Dresdner Oper 1928.

Tageskalender der Dresdner Theater, Opernhaus: Electra (19.30). — Schauspielhaus: Ariadne auf Naxos (19.30). — Albert-Theater: Dufayenscher (19.30). — Komödie: Marie Antoinette (19.45). — Reizend: Theater: Müllers (20). — Central-Theater: Damals in Jena (20).

Galerie Neue Kunst Fides, Sträßstraße 8. Sonderausstellung der neuesten Aquarelle und Pastelle von Emil Kolbe. Ausstellungsräume Theophil Müller, Dresden, Sidonienstraße 6. Gedächtnisausstellung Dana Froberg: Iris Froberg, Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen. Mitte April bis Mitte Mai, 9 bis 13, 15 bis 19 Uhr, Sonntags geschlossen. Eintritt frei.

Dresden-N.

HAUSRAT

GEMEINNÜTZIGE MÖBELVERSORGUNG G. M. B. H. DRESDEN, NEUSTÄDTER MARKT 8 / RUF 53220

Siedlerhausrat / Herbergs-Einrichtungen / Ein- / Möbel / Wohnungs-gestaltung

REFORM-KINDER-BETTEN advertisement with image of a bed.

Wichtig Butter advertisement.

Wahrräder, Motorräder, Nähmaschinen advertisement.

Neustädter Frucht- und Lebensmittelhaus advertisement.

Kolonialwaren u. Lebensmittel empor advertisement.

Hauptgeschäft: Körnersstraße 1 u. 3 advertisement with logo.

Gertraud Hofmann advertisement.

Möbelhaus Rudolf Wolff advertisement.

Wäsche u. Wurstwaren advertisement.

Oskar Köhler Nachf. advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Winkelmanns Peljaurant advertisement.

Motorräder Fahrräder H. & P. Richter advertisement.

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König! advertisement.

Wichtig - Schreinerwerkstatt advertisement.

Heinrich Richter advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Arbeiter, deckt euren Bedarf nur bei Otto Mühle advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Arbeiter, deckt euren Bedarf nur bei Möbelgeschäft A. Voigt advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Fahrräder / Grammophone Motorräder advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

PFUNDS MOLKEREI advertisement with logo of two children.

Friedrich Witzschel advertisement.

Trinkt Chabeso advertisement.

Glau & Pötschke advertisement.

Brillen Schenk advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Warenhaus Meißner & Co. advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Paul Protze advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

H. Fleisch- und Wurstwaren advertisement.

Lebensmittel-Geschäft advertisement.

Uhren aller Art / Goldwaren advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Fahrräder advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Uhren Goldwaren advertisement.

Medizinal-Drogerie advertisement.

Restaurant Franz Nittel advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Möbel advertisement.

MAX HÖHNEL advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Molke-Apotheke advertisement.

Hirsch-Drogerie advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

OTTO SCHMIEDER advertisement.

Kaplan's Großwäscherei advertisement.

Hosen-Ehnerth advertisement.

Kaufhaus Fanger advertisement.

Hummels Schokoladenhaus advertisement.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Optiker Winter advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

Wäsche - Meinelt advertisement.

Spezialgeschäft Steinhart & Kahlenberg advertisement.

Weltspiegel-Lichtspiele advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Lebensmittel advertisement.

Hans Georg Bräuer advertisement.

Konditorei, Brot-, Weiß-, Feinbäckerei advertisement.

Bäckerei und Konditorei advertisement.

Butterspezialgeschäft advertisement.

Matthias & Co. advertisement.

Wäplich & Rißler advertisement.

Dresden-Mittele advertisement.

Dresden-Reich advertisement.

Lebensmittelgeschäft advertisement.

Lebensmittelgeschäft advertisement.

Lebensmittelgeschäft advertisement.

Fahrräder advertisement.

Strümpfe, Trikotagen, Wäsche, Nähartikel advertisement.

Kahl's Möbelhaus advertisement.

Z. G. Bauer advertisement.

Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Möbelhaus Union advertisement.

Ewald Löschor advertisement.

Fahrräder advertisement.

Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

Fleisch- u. Wurstwaren advertisement.

OTTO SCHMIEDER advertisement.

Dresden-Uebigau advertisement.

Lebensmittelgeschäft advertisement.

Lebensmittelgeschäft advertisement.

Lebensmittelgeschäft advertisement.